



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21634 - 33
Fernschreiber 0686890

E/XIV/182 - 15. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Wo die eigentliche Entscheidung fällt Erkenntnisse eines amerikanischen Admirals	108
4	Laos - Experimentierfeld für Peking ? Mögliche Ausweitung des Konflikts	46
5 - 6	Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik im Jahre 1958 Von Helene Wessel, KdF	87
7	KdF und politische Toleranz Sind die Mitglieder der KdF politisch unabhängig?	50

* * *
* * *

Wo die eigentliche Entscheidung fällt

W. W. Einer der markantesten Begleiter des amerikanischen Vizepräsidenten Nixon auf seiner Reise durch die Sowjetunion und Polen war Vizeadmiral Rickover, der "Vater des Atom-U-Bootes", wie ihn die "New York Times" nennt. Nach seiner Rückkehr berichtete er einem Vertreter dieser Zeitung über die Eindrücke, die er an der Seite Nixons in den kommunistischen Ländern gewinnen konnte. Die Essenz seiner Erkenntnisse fasste er dabei in dem Satz zusammen: "Unser wirklicher grosser Wettlauf mit der Sowjetunion erfolgt auf dem Gebiete des Bildungswesens". Zur Erläuterung dieser Meinung teilte Rickover mit, dass ihn einiges an dem Bildungswesen der Sowjetunion tief beeindruckt habe. "Laufend verlassen mehr befähigte Naturwissenschaftler und Ingenieure die sowjetischen Hochschulen als bei uns", sagte er und bemerkte, dass nicht nur die Zahl, sondern auch die Höhe des Ausbildungsstandes, den die Absolventen sowjetischer Bildungsanstalten erreichen, beachtlich sei. Wie ein Vergleich mit amerikanischen Verhältnissen aussieht, erläuterte er an dem Beispiel sowjetischer Schüler, die mit 17 oder 18 Jahren die höhere Schule verlassen: "Sie wissen mehr als unsere Studenten nach zwei Jahren College."

Für diese bemerkenswerten Bildungserfolge gab der Vizeadmiral vor allem drei Gründe an:

1. Lehrer und Erzieher seien in der Sowjetunion und vor allem in Polen der Ansicht, dass die Kindheit eine Vorbereitungszeit für das Leben, nicht aber Zeitalter für unbekümmertes und fröhliches Treiben sein solle.
2. Jegliche Ausbildung erfolgt kostenlos. Keinem Studenten wird die Ausbildung aus Mangel an finanziellem Vermögen verwehrt. Die Studenten in Moskau und auch anderswo in der Sowjetunion erhalten freien Lebensunterhalt und freien Unterricht. Dabei nehmen die Beträge, die den Studenten gegeben werden, zu, je länger sie studieren und je bessere Leistungen sie im Studium erzielen..
3. Die Bedeutung, die dem Bildungswesen in den kommunistischen Staaten beigemessen wird, ist aussergewöhnlich gross.

So kommt Rickover zu dem Ergebnis, dass es - ohne zu einer Nachahmung des politischen Systems auffordern zu wollen - doch möglich sein müsse, den Bildungsfragen in den USA die gleiche Bedeutung

beizumessen, wie es in den kommunistischen Staaten offensichtlich der Fall sei.

Solche Worte aus dem Munde eines berufenen Mannes müssen nachdenklich stimmen, umso mehr, da die Situation der Wissenschaft in der Bundesrepublik augenblicklich zu Besorgnis Anlass gibt. Das Anschwellen der Studenterzahlen bei gleichbleibenden Lehrkörper lässt die Leistungshöhe von Forschung und Ausbildungsstand allmählich absinken. Während also in der Sowjetunion ein Trend nach oben zu verzeichnen ist, verläuft bei uns die Entwicklung in entgegengesetzter, negativer Richtung. Diese Situation kann nur geändert werden, wenn es gelingt, die gegenwärtigen Verhältnisse an unseren Universitäten zu verbessern. Die Universitäten müssen den erhöhten Anforderungen angepasst werden, die aus den ständig steigenden Ansprüchen einer sich immer mehr zivilisierenden Gesellschaft resultieren. Um die technischen und gesellschaftlichen Prozesse, die komplizierter werden, auch in der Zukunft zu ermöglichen, ist die Herausbildung einer immer grösser werdenden Zahl von Intelligenzen erforderlich. Das erfordert aber von uns genau das, was Rickover angesichts der sowjetisch-amerikanischen Rivalität für die USA fordert: Erhöhte Wertschätzung aller Bildungsangelegenheiten.

Es sind demnach zwei Gründe, die uns zu aussergewöhnlichen Anstrengungen auf dem Gebiete des Bildungswesens veranlassen sollten:

1. Die Anpassung der Universitäten an die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten,
2. die Berücksichtigung des scharfen Leistungswettbewerbes, mit dem jede freie Demokratie in Konkurrenz zum kommunistischen Block angesichts der enormen Anstrengungen der sowjetischen Bildungsbestrebungen geraten muss.

Wir haben also doppelten Grund, unsere Aufmerksamkeit den Bildungsfragen zuzuwenden.

In unserer Lage ist es jedoch abwegig, Lösungen auf dem Wege der Europäisierung der Universitäten erreichen zu wollen. Die Diskussion darüber, welche europäischen Institute neu gegründet werden sollen, welche bestehenden Institute zu europäischen deklariert und welche

dieser Ehre nicht teilhaftig werden sollen, ist für die Leistungssteigerung und die Erweiterung der Kapazität unserer Universitäten von nur geringer Bedeutung. Eine Verwirklichung solcher Absichten könnte nur, wie die westdeutsche Rektorenkonferenz in ihrer Münchener Erklärung feststellt "eine falsche Schichtung im europäischen Hochschulwesen hervorrufen". Erforderlich hingegen ist, den Hochschulen diejenigen Mittel zuzuführen, die sie in den Stand setzen, den erhöhten Anforderungen zu entsprechen, die heute an sie gestellt werden müssen. Für die Auslese ungeeigneter Studenten werden in der westdeutschen Rektorenkonferenz bereits geeignete Massnahmen wie strengere Prüfungen und Einführung einer Zwischenprüfung gefordert. Eine Erhöhung der Zahl qualifizierter Hochschulabsolventen und eine Steigerung der wissenschaftlichen Leistungshöhe kann jedoch nur dadurch erfolgen, dass die Universitäten gegenüber dem heutigen Stand bedeutend verbessert und erweitert werden. Eine ausserordentliche Zuwendung staatlicher Mittel ist dafür erforderlich. Was vom Staate an Leistungen aufgebracht werden muss, um den Zukunftsbedarf für die deutschen Hochschulen zu sichern, wird im kommenden Herbst die Veröffentlichung des Berichts der Begehungskommission des Wissenschaftsrats der Bundesrepublik erbringen.

Man sollte sich diesen Forderungen, die damit von der Wissenschaft an den Staat herangetragen werden, nicht entziehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrem Plan Z schon seit längerer Zeit gefordert: "Erweiterung der bestehenden Einrichtungen, Bau neuer Hörsäle, neuer Institute, verbesserte Ausstattung der Forschungs- und Ausbildungsstätten. Die Zahl der Dozenten und Assistenten muss bedeutend erhöht werden." Die Regierung sollte diesen Forderungen endlich entsprechen. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich mit Vizeadmiral Rickover darüber einig, dass im Wettlauf mit dem Kommunismus sich die Rivalität immer mehr und mehr auf das Feld der Bildung verlagern wird. Der amerikanische Vizeadmiral konnte in der Sowjetunion feststellen, dass der Kommunismus nicht nur enorme militärische, sondern auch geistige Anstrengungen gemacht hat und den Stand wissenschaftlicher Bildung auf ein beachtliches Niveau hinaufzwang. Wir aber können angesichts dieses Wettlaufes in die Zukunft, bei dem es um den geistigen Führungsanspruch in der Welt geht, nicht anders handeln, als auf dem Felde der Bildung die grössten Anstrengungen zu machen, um in der Sphäre des Geistigen bestehen zu können, dort, wo die eigentliche Entscheidung fallen wird.

Laos - Experimentierfeld für Peking ?

ED - An die Stelle direkter militärischer Aktionen zwischen den streitenden Parteien in Laos ist möglicherweise für eine geraume Zeit der indirekte politische Druck getreten. Das Einsetzen der Regenzeit macht grössere Operationen in den Wäldern und Bergschluchten der Nordprovinzen unmöglich. Das heisst aber nicht, dass kleine Kommandotrups sich nicht zu wirkungsvollen Terrorakten bereitfinden werden. Ebenfalls unwahrscheinlich ist es, dass die "laotische Frage" so schnell wieder von der Tagesordnung der Weltpolitik verschwinden wird, wie sie vor zwei Monaten aufgetaucht ist. Beide Teile, sowohl die Regierungsfrent in Laos wie auch die kommunistischenfreundliche Hakset Lao, werden von jungen, entschlossenen und ehrgeizigen Männern geführt, denen nicht nur eine verschiedene Ideologie, sondern vor allem ein grosses Machtstreben innewohnt. Niemand von ihnen wird um des lieben Friedens willen nachgeben, es sei denn, die Grossmächte in Ost und West würden eine starke Pression ausüben. Dabei ist jedoch zu fragen, inwieweit etwa die USA und die Sowjetunion in der Lage sind, diese Vorgänge zu steuern, oder ob, wie vergleichsweise im Nahen Osten, die Entwicklung schon eigengesetzlichen Charakter angenommen hat.

Vor allen Dingen darf nicht vergessen werden, dass die entscheidende kommunistische Macht in Südostasien und Fernost nicht die UdSSR, sondern die Volksrepublik China ist. Hier liegen die Möglichkeiten zur Ausweitung des Konflikts verborgen. Man denke daran, dass schon mehrfach Peking den Versuch unternommen hat, sich quasi in die Beratungen der Grossen hineinzuschliessen, was aber jedesmal an der Haltung der USA und der Sowjetunion gescheitert ist. Um wieviel besser aber die Scharmützel im strategisch wichtigen Laos geeignet sein können, die Unruhe zu steigern als etwa eine erneute Beschiessung Quemoy's liegt auf der Hand. Die neutralen und halbneutralen Länder Südostasiens sind über jedwede Verschiebung der Macht beunruhigt. Dies angesichts der eigenen unsicheren Verhältnisse nicht ganz zu Unrecht. Besonders aber dürfte ins Gewicht fallen, dass die aussenpolitische Stellung Indiens, die in den vergangenen Jahren ein Abrutschen ins eine oder andere Lager verhindert hat, infolge der Ereignisse in Tibet stark an Prestige verloren hat. Die manchmal recht undurchsichtige Politik des Ministerpräsidenten Nehru, besonders gegenüber China, hat das Vertrauen des asiatischen "blockfreien" Lagers in die Standfestigkeit Neu-Delhis stark gemindert. Es steht ausser Frage, dass deshalb die Entwicklung in Laos mit grosser Sorge betrachtet wird, wobei es Indien bislang vermieden hat, direkt Stellung zu beziehen. Die Anwesenheit mehrerer Hundert amerikanischer Berater in Laos hat zwar den Kommunistischen in Nordvietnam die Möglichkeit gegeben, grosse Propagandaschlachten zu schlagen, dürfte auf der anderen Seite von vielen Neutralen in Asien - und vielleicht auch der Sowjetunion selbst als ein stabilisierender Faktor angesehen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Besprechungen zwischen Eisenhower und Chruschtschow auch Laos berühren, und ob Peking diesen Dialog tatenlos zusehen wird.

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung
in der Bundesrepublik im Jahre 1958

Von Helene Wessel, MdB

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik einschliesslich Saarland und Berlin-West betrug 1958 = 54,7 Millionen Menschen. Davon waren 25,8 Millionen Männer und 28,9 Millionen Frauen. Für 1965 wird bei weiterer Erwartung der Geburtenzunahme mit einer Bevölkerungszahl von etwa 56,5 Millionen, für 1970 mit 57,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik gerechnet. Unter den europäischen Ländern, ohne die Sowjetunion haben die Bundesrepublik und Grossbritannien mit Nordirland (51,7 Millionen) die grössten Einwohnerzahlen.

In Jahre 1958 sind (ohne West-Berlin) 473 932 Ehen geschlossen worden. Auf 1 000 Einwohner kommen 9,1 Eheschliessungen. 1957 ergab sich die gleiche Heiratsziffer mit 9.

Die Geburtenzahl betrug 900 243, davon 885 476 Lebend- und 14 767 Totgeborene. 569 943 Personen sind gestorben, darunter 31 879 im ersten Lebensjahr. Die Sterbeziffer ist von 11,3 (1957) auf 10,8 (1958) gesunken.

Vor allem ist die Zahl der Lebendgeborenen gestiegen. Sie betrifft jedoch nur die ehelichen Kinder. Die Zahl der unehelich Geborenen ist im Zeitraum von 1950 bis 1958 um 21,9 vom Hundert zurückgegangen. Die Säuglingssterblichkeit ist im gleichen Zeitraum ebenfalls zurückgegangen. Gegenüber 1950 bedeutet das für die Kinder im ersten Lebensjahr einen Rückgang um 35 vom Hundert für die Kinder in den ersten 28 Lebensstagen um 29 vom Hundert.

Durch das Eintreten neuer starker Geburtenjahrgänge, bei gleichzeitig verringerter Säuglings- und Kindersterblichkeit hat sich die Basis des Alteraufbaus der Bevölkerung im Bundesgebiet verbreitert. Der Geburtenüberschuss betrug 1958 = 321 533 oder auf 1 000 Einwohner 6,2 gegenüber 5,7 im Jahre 1957; er ist der grösste seit 1949.

Ende 1957 gab es 4,7 Millionen oder 9,1 vom Hundert Kinder unter sechs Jahren, 1950 betrug deren Anteil nur 8,3 vom Hundert.

Der Anteil der über 65-jährigen betrug Ende 1957 = 10,3 vom Hundert der Bevölkerung. In dieser Altersklasse ist der Frauenüberschuss am grössten mit 3,1 Millionen Frauen und 2,2 Millionen Männer (ohne Berlin-West). Der Grund dafür liegt in den Männerverlusten in zwei Weltkriegen und die höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts. Für die Zukunft ist noch ein grösserer Frauenüberschuss zu erwarten, da in die Altersgruppen der über 65-jährigen fortgesetzt neue starke Geburtenjahrgänge einsetzen. So wird für Ende 1970 mit einem Anteil von 13,1 vom Hundert dieser Altersklasse an die Gesamtbevölkerung gerechnet (mit 14,7 vom Hundert bei den Frauen und 11,4 vom Hundert bei den Männern).

Nach ihrem Familienstand waren von der Bevölkerung 42,2 vom Hundert ledig, 48,4 verheiratet, 8,1 vom Hundert verwitwet und 1,2 vom Hundert geschieden. Gegenüber 1950 mit 45,2 vom Hundert ledigen und

etwa gleichviel Verheirateten hat der Anteil der Ledigen zugunsten der Verheirateten abgenommen. Dagegen ist der Anteil der Verwitweten und Geschiedenen der gleiche geblieben, was für Männer als auch für Frauen gilt.

Die Zahl der Vertriebenen betrug 1958 (ohne Berlin-West) 9,4 Millionen oder 18,3 von Hundert der Bevölkerung, die der Zugewanderten 3,2 Millionen oder 6,2 von Hundert. 1950 gab es 7,9 Millionen Vertriebene und 1,6 Millionen Zugewanderte. Die Verdoppelung der Zahl der Zugewanderten ist auf den ankaltenden Zustrom aus der DDR zurückzuführen.

Fast ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik hat früher in Berlin, in der DDR, in den deutschen Ostgebieten oder in den deutschen Siedlungsgebieten des Auslandes gelebt oder stammt von solchen Personen ab.

Auf die einzelnen Bundesländer verteilt wohnen 1958
in Bevölkerungszahl
insgesamt davon Vertriebene Zugewanderte

	in 1000	1000	vH	1000	vH
Nordrhein-Westfalen	15 458,6	2 460,5	18,6	1 075,4	6,9
Bayern	9 278,0	1 771,9	19,1	344,1	3,7
Baden-Württemberg	7 433,0	1 336,9	18,0	441,0	5,9
Niedersachsen	6 515,6	1 670,0	25,6	478,6	7,5
Hessen	4 651,5	855,3	18,6	332,8	7,2
Rheinland-Pfalz	3 354,7	298,9	8,9	152,8	4,6
Schleswig-Holstein	2 275,8	640,7	28,2	145,5	6,4
Hamburg	1 807,6	248,4	13,7	156,3	8,6
Bremen	677,5	104,2	15,4	51,2	7,6
Berlin-West	2 226,0	181,9	8,2		
Saarland	1 040,2				
	54 718,5	9 578,7		3 175,7	

Zur Bevölkerungsentwicklung in den Ländern haben die Geburten, Sterbefälle und Wanderungen recht unterschiedlich beigetragen. Während in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern der Bevölkerungszuwachs vorwiegend auf den Geburtenüberschuss beruht, ist er in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und in Saarland hauptsächlich durch die Zuwanderung eingetreten. Hamburg und Berlin-West haben - wie in den vergangenen Jahren - ein Geburtendefizit aufzuweisen. In Niedersachsen, dem einzigen Land mit einem Abwanderungsüberschuss, würde ohne den Geburtenüberschuss die Einwohnerzahl zurückgegangen sein.

Die Länder mit den meisten Vertriebenen sind trotz der Umsiedlung immer noch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Den grössten Bevölkerungsanteil an Zugewanderten haben Hamburg und Bremen, danach Niedersachsen und Hessen mit ihren ausgedehnten Randgebieten.

Quellenangabe: Wirtschaft und Statistik Heft 3,4,5 Jahrg. 1959.

KAB und politische Toleranz

W.P. - Mit auffälliger Empfindlichkeit hat sich der Vorstand der Katholischen Arbeiterbewegung in Köln gegen den Antrag eines DGB-Kreisausschusses gewandt, der von dem im September tagenden Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Beschluss verlangt, in Zukunft keine Doppelmitgliedschaft in der KAB und den den DCB angehörenden Gewerkschaften mehr zuzulassen. Wenn der Bundeskongress eine solche Entscheidung treffen würde, so würde das nach der Meinung des KAB-Vorstandes beweisen, "in welchem Masse sich der DGB vom Grundsatz der weltanschaulichen Toleranz weg zu einer totalitären Organisation hin entwickelt hat!" Die Katholische Arbeiterbewegung dagegen identifiziere sich mit keiner Partei und keiner Gewerkschaft. Sie stelle es ihren Mitgliedern frei, "sich an Hand der von ihr gebotenen religiös-sozialen Kasstöße im konkreten Fall zu entscheiden".

Diese Erklärung wird von dem, der die Entwicklung der KAB in den letzten Jahren verfolgt hat, nur als pharisäisch bezeichnet. Hier wird einer von 385 Anträgen herausgestellt, um den angeblichen Weg des DGB von weltanschaulicher Toleranz zur totalitären Organisation zu beweisen, wenn - ja, wenn dieser Antrag angenommen werden würde. Das vermag selbstverständlich heute niemand voraus zusehen.

Eine Vertäuschung falscher Tatsachen stellt jedoch die Behauptung des KAB-Vorstandes dar, die Katholische Arbeiterbewegung sei nicht parteigebunden und stelle es ihren Mitgliedern frei, sich politisch zu entscheiden. Leider sind die Mitglieder keineswegs so frei, wie man es glauben machen möchte. Dies scheint vielmehr nur dann zutreffen, wenn sich diese zur CDU bekennen. Uns liegen dagegen Unterlagen vor, die zeigen, dass ein sich politisch zur SPD bekennendes Mitglied "satzungsgemäss" aus der KAB ausgeschlossen wird. Es war sogar ein Vorstandsmitglied der KAB, Winkelheide, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages seit 1949, das einen KAB-Mitglied am 3.11. 1954 im Namen des Diözesanvorstandes Münster der KAB die Gültigkeit eines Ausschlussbeschlusses der KAB-Rocklinghausen von 7.9.1954 schriftlich bestätigte, wonach "auf Grund unserer Satzung Mitglieder, die offen für die SPD eintreten; nicht Mitglied der KAB" sein können.

Wer von den Gewerkschaften weltanschauliche Toleranz verlangt, sollte selbst ein loyales Verhalten an den Tag legen. Bedauerlicherweise ist es aber doch gerade die KAB, die in der Vergangenheit in stärkster Masse in die Versuche eingeschaltet war, christliche Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Man erinnere sich nur der, übrigens ebenfalls von Winkelheide unterzeichneten, Rundschreiben an die KAB-Mitglieder, mit denen sie befragt wurden, wie sie sich im Falle einer Bildung von Gewerkschaften auf christlicher Grundlage verhalten würden.

Es ist schon so, wenn derartige Anträge aus den örtlichen Gewerkschaften kommen, sind sie von der KAB selbst provoziert. Sicher wäre es zu begrüßen, wenn die bisherige Haltung der KAB-Führung mit dem Ziel überprüft würde, im Interesse des politischen und gewerkschaftlichen Friedens innerhalb der Organisation zu einer wahrhaften Neutralität und Loyalität zu finden. Solange der Verband jedoch von Leuten wie dem CDU-Bundestagsabgeordneten Even und Winkelheide geführt wird, ist mit einer solchen Reform wohl nicht zu rechnen.

-----+-----+-----+-----
Verantwortlich: i.V. Albert Exler